

Petrobras-Korruptionsskandal

Schlechte Aussichten für Dilma Rousseff

Alexander Busch, São Paulo 8.3.2015



Der Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot hat wegen Korruption Anzeige gegen hochrangige Politiker erstattet.
(Bild: Ueslei Marcelino / Reuters)

Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff kommt immer stärker unter Druck. Viele ihrer Koalitionspartner im Kongress stehen wegen der möglichen Beteiligung an einem Korruptionssystem um den Staatskonzern Petrobras am Pranger.

Der Oberste Gerichtshof Brasiliens hat Untersuchungsverfahren gegen 54 Verdächtige eröffnet. Unter ihnen befinden sich 22 Abgeordnete und 12 Senatoren. Sie sollen an milliardenschweren Korruptionsfällen beim Staatskonzern Petrobras beteiligt gewesen sein. Dabei sollen zwischen 2004 und 2012 systematisch illegale Gelder aus dem Konzern an Politiker abgezweigt worden sein. Es sei offensichtlich, dass es sich dabei um die Bildung einer kriminellen Vereinigung gehandelt habe, so begründete der Bundesrichter Teori Zavascki die Entscheidung, die Namen der verdächtigten Politiker zu veröffentlichen.

Hohe Politiker verwickelt

Der Richter entschied auf der Grundlage einer Liste, welche der ermittelnde Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot ihm vorgelegt hatte. Janot sammelte die Zeugenaussagen, welche ein halbes Dutzend Beteiligten am Korruptionssystem unter Zeugenschutz seit einem Jahr gemacht haben. Die wichtigsten sind ein führender ehemaliger Petrobras-Direktor sowie die Topmanager von zwei Baukonzernen.

Der Petrobras-Korruptionsskandal dürfte die Politik in Brasilien die nächsten Monate und Jahre dominieren und vor allem die Regierung der gerade zu ihrer zweiten Amtszeit angetretenen Präsidentin Dilma Rousseff lähmen. Denn in den Skandal verwickelt sind fast ausschliesslich Politiker aus ihrer Regierungskoalition. Unter ihnen befinden sich auch die mächtigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senats sowie mehrere frühere Minister. Einen Vorgeschmack darauf, wie schwierig das Regieren inmitten eines laufenden Korruptionsverfahrens sein wird, bekam Rousseff bereits diese Woche. Der Senatspräsident Renan Calheiros, eigentlich ein enger Verbündeter der Präsidentin, weigerte sich, ein Dekret durchzuwinken, mit dem die Präsidentin den dringend notwendigen Haushaltsausgleich herstellen wollte. Der bereits mehrmals in Korruptionsskandalen verwickelte Senatspräsident soll empört darüber sein, dass die Präsidentin ihn nicht auf dem kurzen Dienstweg von der Liste entfernen liess.

Impeachment-Verfahren?

Vorläufig aufatmen können hingegen Rousseff sowie ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva – obwohl die Kronzeugen behaupten, dass beide von der systematischen Korruption gewusst hätten. Der Oberstaatsanwalt hatte die Untersuchungen gegen die beiden abgelehnt, weil die Verdachtsmomente gegen sie ungenügend seien. Dennoch werden sowohl Lula wie Rousseff künftig von jeder Wendung des Skandals geschwächt: Rousseff war von 2003 bis 2010 Verwaltungsratsvorsitzende von Petrobras. Lula dagegen hat die meisten Personalentscheidungen für die Spitzenpositionen des Konzerns zu verantworten. Die Posten wurden nach der Bedeutung der Koalitionsparteien verteilt. Entscheidend ist die Frage, wie die Öffentlichkeit auf die Enthüllungen reagiert. Am 15. März sind Grossdemonstrationen gegen die Regierung Dilma Rousseff geplant. Sollte es zu Massendemonstrationen gegen die Regierung kommen, wie Mitte 2013, dann müsste sich die Präsidentin nicht mehr nur Sorgen um ihre niedrigen Popularitätswerte und die Wirtschaftskrise machen. Ihr Verbleiben im Amt stünde auf dem Spiel. Schon länger kursieren in der Opposition Überlegungen, ein Impeachment-Verfahren gegen die Präsidentin einzuleiten.

Gefährliche Risse in der Regierungskoalition

Die Ermittlungen gegen eine Reihe von Politikern stellen Rousseffs Regierungskoalition vor die Zerreihsprobe. Die von der Staatsanwaltschaft veröffentlichte Liste hat besonders beim wichtigsten Koalitionspartner, dem Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), Befremden ausgelöst. Die Präsidenten beider Parlamentskammern, Renan Calheiros und Eduardo Cunha, die beide dem PMDB angehören und gegen die ebenfalls ermittelt werden soll, halten nicht zurück mit Anschuldigungen an die Adresse Rousseffs und den Partido dos Trabalhadores (PT). Deren Strategie sei es, von sich selbst abzulenken, wird Senatspräsident Calheiros zitiert. Als Rousseff erfahren habe, dass gegen den Oppositionsführer Aécio Neves keine Untersuchung eröffnet werde, habe man gezielt die Information durchsickern lassen, dass er und Cunha auf der Liste stünden. Calheiros wie Cunha werfen der Regierung zudem vor, den Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot bei der Erstellung der Liste beeinflusst zu haben, um den Fokus der Ermittlungen vom engsten Regierungskreis abzulenken.

Die Äusserungen der beiden Kammerpräsidenten wirken auf den ersten Blick wie Trotzreaktionen. Die politische Brisanz ist jedoch enorm. Wendet sich der PMDB vom PT ab, so fände Rousseff im Parlament keine Mehrheiten mehr und würde regierungsunfähig. Bereits in den vergangenen Wochen haben die beiden Kammern rebellische Züge gezeigt und nicht die von der Regierung erwartete Agenda verfolgt.

Für den Montag hat Rousseff eine dringliche Sitzung mit einzelnen Ministern einberufen. Es dürfte darin nicht nur um die hinkende Wirtschaft Brasiliens gehen, sondern auch um die Regierungskrise, die das Land lähmt.